Schwere Sorgen hat Crispi mit Abessinien. Italien hat schon viele Millionen verausgabt, um seinen Kolonialbesitz am Rothen Meere zu sichern; heute aber ist dieser Besitz offenbar gefährdet, denn der Negus Menelik läßt sich nicht zum Kampfe drängen, fordert aber auch nicht mehr und nicht weniger, als die gänzliche Räumung seines Landes — was man ihm eigentlich gar so sehr nicht verdenken kann. — Den Spaniern geht es ebenso übel auf Cuba. Weyler ist nun schon der zweite General, der die Hoffnung Spaniens ausmacht und er wird es wie Campos an Enttäuschungen nicht fehlen lassen. Zunächst ahmt er darin seinem Vorgänger nach, daß er nur von Siegen zu berichten weiß, trotzdem aber immer mehr Geld und Truppen fordert, und daß er nach einigen untergeordneten Erfolgen seinerseits zugeben muß, daß die Insurgenten von Neuem Habana bedrohen. Dazu ist die spanische Staatskasse leer wie eine ausgepreßte Citrone und Nordamerika bereit, die Aufständischen als kriegführende Macht anzuerkennen. Das allerdings wäre der Sieg der Rebellion auf Cuba, den Spanien durch seine Ausbeutung und Mißwirthschaft seit langem vorbereitet hat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe brachte bei der gestrigen Feier des Bundesrathes zum 25jährigen Bestehen des Reiches einen Trinkspruch auf den deutschen Kaiser, die deutschen Fürsten und Freien Städte aus. Er wisse sehr wohl, daß an der Stelle, wo er stehe, ein anderer, besserer und größerer Mann stehen sollte, in dem das deutsche Volk mit dem großen Kaiser Wilhelm I. den Gründer der Einheit verehrt. Er habe nur an der vorberathenden Thätigkeit theilnehmen können. Jener Zeit aber verdanke er das Verständniß für die Opfer, welche die deutschen Fürsten gebracht, als sie sich in patriotischer Gesinnung dem Reiche anschlossen; mit dem historisch erstarkten Selbstbewußtsein der einzelnen Staatengebilde mußte auch die nationale Bewegung von 1848 und 1870 rechnen. Damit rechne auch der Kaiser, der treu die Rechte der Bundesgenossen wahre. Wir dürften für alle Zeit auf ein harmonisches Zusammenwirken der Glieder des Reiches rechnen. Im Dankgefühl bringe er ein Hoch aus auf den Kaiser, die Fürsten und Freien Städte.

Se. Majestät der Kaiser hielt gestern bei dem Diner des brandenburgischen Provinziallandtages eine Rede, in welcher er an die herrlichen Waffenthaten des märkischen Korps bei Metz erinnerte. Er habe bewegten Herzens und feuchten Auges bei seinem Besuch des Schlachtfeldes im Geiste die Regimenter der alten Märker geschaut, wie sie sich dem Tode weihten für ihren König. Da habe er gelobt, daß nichts zu hoch und nichts zu viel sei für ihren Markgrafen, um sich ihnen dankbar zu zeigen. Der Kaiser ging darauf zu der Kieler Kanalfeier über und schilderte, wie der gewitterschwangere Himmel in ihm die Besorgniß wachgerufen habe, das herrliche Fest werde nicht gelingen, wie sich seinem angsterfüllten Herzen die Bitte entrang, der Himmel möge ein gnadenreiches Zeichen geben. Der Himmel habe sich dann gerade in dem Augenblicke aufgeklärt, als die Yacht „Hohenzollern" das Tau durchschnitt, welches den Kanal überspannte. Sodann ermahnte der Kaiser die Versammlung, das geheiligte Andenken Kaiser Wilhelms gegen Jedermann zu vertheidigen, denn ihm und seinem Gottvertrauen verdankten wir doch Alles, was wir erlebt. Der Kaiser gedachte dann der deutschen Frauen und Jungfrauen, welche ihre Söhne, Gatten und Bräutigams freudig für das Vaterland hingaben. Mögen sie ihres hohen Berufes eingedenk bleiben, tüchtige Männer heranzuziehen. Se. Majestät schloß mit der Aufforderung an die Festversammlung, im Andenken an Kaiser Wilhelm zu wirken für das Wohl des Vaterlandes ein jeglicher an seinem Platze.

Die „Hamburger Nachrichten" enthalten ein vernichtendes Urtheil über des verstorbenen Windthorst's Charakter, anschließend an Dr. Lieber's Erklärung, die im Grunde Hoensbroech's Behauptung bestätige. Bezüglich der Bemerkung der „Voss. Ztg." über Bismarck und Bötticher sagen die „Hamb. Nachr.", in den letzten Wintermonaten 1889/90 war der Einfluß Bötticher's erheblich stärker, als der seines Vorgesetzten.

Der Seniorenkonvent des Reichstags war gestern vor der Plenarsitzung zusammengetreten, um das Programm für die am Sonnabend, 21. März, Abends 6 Uhr in der Wandelhalle des Reichstags stattfindende Feier der Erinnerung an die erste Sitzung des Reichstags im Jahre 1871 festzustellen. Es wird ein Festessen stattfinden, das sich übrigens in bescheidenen Grenzen halten soll. Eingeladen werden öffentlich alle früheren Reichstagsabgeordneten, als Ehrengäste die Herren, welche 1871 Mitglieder des Reichstages waren. Der Reichstag trägt nur die Kosten für Musik und für Drucksachen. Es werden vier Trinksprüche ausgebracht, die drei ersten auf den Kaiser und die Fürsten; auf das deutsche Volk und Reich; auf die Ehrengäste — von den drei Präsidenten; der vierte Trinkspruch auf Fürst Bismarck vom Abg. v. Levetzow. — Entgegen früheren Meldungen ist festzustellen, daß sowohl in den voraufgegangenen Berathungen des Vorstandes, wie auch in der vorgestrigen Sitzung des Seniorenkonvents volle Einmüthigkeit herrschte und von keiner Seite ein Widerspruch laut wurde. — Allerdings scheint es sich zu bestätigen, daß die Sozialdemokraten an dem Festmahl sich nicht betheiligen.

Vom Reichstag. Gestern setzte man die Berathung des Etats der Heeresverwaltung beim Extraordinarium fort. Abg. v. Massow (kons.) führte aus, seine Fraktion sei der Meinung, daß sich das Extraordinarium diesmal in bescheidenen Grenzen bewege. Seine Freunde würden daher die meisten Forderungen bewilligen und nur einige ablehnen, nicht weil diese ungerechtfertigt wären, sondern weil die Finanzlage und insbesondere die Nothlage der Landwirthschaft die größte Sparsamkeit erfordere. In Zukunft würden sie aber größere Beschränkungen eintreten lassen müssen, wenn ihre Forderungen nicht berücksichtigt würden. Eine längere Debatte entspann sich bei der von der Kommission gestrichenen Forderung von 1 650 000 und 118 000 Mark zur Vermehrung der Reserven an Verpflegungsmitteln für Preußen und Württemberg. Abg. Lieber (Ctr.) beantragte die Wiederherstellung der Position. Abg. Richter (freis. Volksp.) widersprach dem Antrage; es handle sich hier nur um eine Entlastung des Betriebsfonds des Reiches, und dazu liege keine Veranlassung vor. Generalmajor v. Gemmingen betonte, daß die Militärverwaltung ein Interesse an der Bewilligung der Position habe. Staatssekretär Graf Posadowsky, sowie die Abgg. v. Kardorff (Reichsp.), Hammacher (natlib.) und v. Leipziger (kons.) sprachen sich für den Antrag Lieber aus. Die einfache Abstimmung über den Antrag blieb zweifelhaft; die darauf erfolgte Auszählung ergab die Anwesenheit von nur 147 Abgeordneten, wovon 92 für, 55 gegen den Antrag stimmten. Das Haus war somit nicht beschlußfähig. Der Präsident Freiherr v. Buol schloß darauf um 2¾ Uhr die Sitzung und beraumte die nächste auf 3 Uhr mit derselben Tagesordnung an. Nach der Eröffnung der neuen Sitzung theilte der Präsident mit, daß er die Abstimmung über den Antrag Lieber einstweilen aussetze. Darauf ward der Rest des Militäretats nach den Anträgen der Kommission genehmigt, der Antrag Lieber angenommen und die für strategische Eisenbahnen geforderte Summe von 7 111 510 Mark bewilligt. Namens der Kommission beantragte der Referent Abg. Enneccerus (natlib.), die das Dienstaltersstufensystem betreffenden Petitionen, durch die von der Kommission beschlossenen Resolutionen zu erledigen, nach welchen bei Aufstellung des nächstjährigen Etats auf eine Erhöhung des Meistgehalts der Landbriefträger bis 1000 Mark Bedacht zu nehmen sei durch Einstellung einer weiteren Gehaltsstufe mit dreijähriger Aufrückungszeit; die Bestimmungen über die Anrechnung der Militärdienstzeit sollen bis zu einem Jahre auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten ausgedehnt werden; in Anbetracht der auf Einführung des Dienstaltersstufensystems bei einzelnen Beamtenklassen eingetretenen Ungleichheiten sei mit Gehaltserhöhungen für diese Beamtenklassen vorzugehen, insoweit sie von den allgemeinen Gehaltserhöhungen des Jahres 1890 ausgeschlossen waren.

Oesterreich. Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, ist das Befinden des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich-Este ein viel besseres. Derselbe werde, wenn noch langsam und in sehr kleinen Etappen, bald zurückkehren.

Balkanstaaten. Nunmehr ist auch die Zustimmung Englands zur Anerkennung des Fürsten Ferdinand erfolgt. Kaum sind die offiziellen Beziehungen zwischen Rußland und Bulgarien wieder angeknüpft, als ersteres bereits Anstalten trifft, sich in Bulgarien häuslich niederzulassen. Es sind nämlich die Vorarbeiten schon nahezu beendet, in allen irgendwie nennenswerthen Städten russische Konsulate zu errichten. Der neue russische Vertreter in Sofia, Botschaftsrath Tscharykow, zählt überdies zu den gewandtesten Diplomaten des Zarenreiches, und da weder Fürst Ferdinand noch seine gegenwärtigen Minister in der diplomatischen Kunst sich auszeichnen, so dürfte es sich wohl bald zeigen, daß der eigentliche Herrscher Bulgariens an der Newa sitzt.

Schweden. In der zweiten schwedischen Kammer fragte der Abgeordnete Heding bei Berathung des Haushalts des Ministeriums des Aeußeren an, warum der Minister des Aeußeren die anhaltend auftretenden Gerüchte über den Anschluß Schwedens an den Dreibund nicht dementirt habe, und interpellirte den Minister anläßlich der Auflösung des skandinavischen Vereins in Hannover, weil der Verein nicht an der Jubiläumsfeier des Deutschen Reiches theilgenommen hatte. Minister des Aeußeren Graf Douglas betonte die neutrale Politik Schwedens und Norwegens und erklärte, es sei sehr schwer, in den ausländischen Zeitungen ein Dementi veröffentlicht zu bekommen, die irreleitenden Meldungen seien auch oft nach Stockholm zurückzuführen. Was die Auflösung des skandinavischen Vereins in Hannover betreffe, so habe kein Schwede diesem Verein angehört. Mehrere in Hannover ansässige Norweger hätten über das Verhalten ihrer dortigen jüngeren Landsleute ihr Bedauern ausgesprochen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, 21. Februar 1896.

— Morgen Abend beginnt im Saale des „Hotel Höpfner" die Aufführung des vaterländischen Festspiels: Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Dasselbe hat in den Städten, in denen es bisher zur Aufführung gelangte, viel Beifall gefunden und es wird ihm derselbe gewiß auch hier nicht fehlen. Die erste Kindervorstellung ist nächsten Sonntag Nachmittag 3 Uhr und zahlen Kinder zu derselben, wie auch zu der am 26. und 29. d. stattfindenden, die Hälfte der Abendkassenpreise, worauf wir auf besonderen Wunsch hiermit noch besonders aufmerksam machen.

— Als gewiß etwas sehr Seltenes ist jetzt zu sehen eine natürliche Pflanze mit 3 vollständig ausgewachsenen Tulpen auf nur 1 Stengel am südlichen Fenster Parterre Nr. 62. der Hauptstraße.

— Der gestern Abend auf Veranlassung des hiesigen Reformvereins von Herrn Redakteur Welcker-Dresden gehaltene Vortrag war zahlreich besucht. Die Versammlung wurde eröffnet von Herrn Stadtrath Barth. Derselbe hieß zunächst alle anwesenden national und königstreu gesinnten Männer willkommen und brachte zum Schluß seiner Ansprache ein dreifaches Hoch auf Ihre Majestäten den Kaiser Wilhelm II. und König Albert aus. Hierauf ergriff Herr Redakteur Welcker das Wort, um ein kurzes Streiflicht auf die gegenwärtigen politischen Tagesfragen und die schwebenden Gesetzesvorlagen zu werfen und die Stellung der Reformpartei dazu zu kennzeichnen. In fast 2½stündigem fließenden, freien Vortrage, nur zeitweise unterbrochen von einem hiesigen ehemaligen Führer der sozialdemokratischen Partei, der die derben Wahrheiten, die er zu hören bekam, nicht vertragen konnte, andererseits aber von öfteren lebhaften zustimmenden Bravos aus der Versammlung begleitet, löste der Herr Redner von seinem politischen Standpunkte aus seine Aufgabe. Es ist nicht möglich, den langen, umfassenden Vortrag hier erschöpfend wieder zu geben. Eingangs desselben verwies Redner auf die wirthschaftlichen Krisen in den sechziger Jahren, die liberale Gesetzgebung mit der zügellosen Freizügigkeit und die ersten Vereinigungen, die sich damals die Arbeiter schufen. Die Gesetzgebung habe nicht gleichen Schritt gehalten mit der wirthschaftlichen Entwickelung und so habe sich die jetzt Alles beherrschende, brennende soziale Frage entwickelt. Redner kam dann auf das dem Reichstag vorliegende bez. in der Kommission befindliche Bürgerliche Gesetzbuch zu sprechen und betonte dabei, daß seine Partei eifrigst bestrebt sei, deutsches Recht zu erlangen und zu fördern, wie sie auch bekanntlich dafür eintrete, daß der Deutsche nur von deutschen Richtern (keinen jüdischen) gerichtet werde. Bezüglich des Antrags Kanitz bemerkte der Vortragende, daß sich die Ansichten über denselben geklärt und durch die Verbesserung vielseitig die Bedenken beseitigt worden seien, die man anfangs dagegen gehabt habe. Sodann trat Redner lebhaft für die Börsenreform ein und griff dabei namentlich die sozialdemokratischen Führer an, die niemals für dieselbe ernstlich eingetreten seien, dabei deren Liebäugeln mit dem Judenthum und ihre Abhängigkeit von demselben charakterisirend und auf deren stattliches Einkommen hinweisend, das den sozialdemokratischen Parteigrundsätzen geradezu Hohn spreche. Er kennzeichnete weiter unter Bezugnahme auf die letzten Börsenkrachs das Plünderungssystem, von welchem namentlich wieder der Mittelstand getroffen werde und besprach den Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb. Redner ging damit über auf den „politischen unlauteren Wettbewerb" und auf den zweiten Theil seines Vortrages: „Die Aenderung des sächsischen Landtagswahlrechts." In ausführlicher Darlegung seiner Ansichten und unter Zugrundelegung statistischen Materials verurtheilte er die geplante Wahlrechtänderung auf's Schärfste. Er wies insbesondere auf die Autorität Sohms hin, der sich bekanntlich ebenfalls gegen die Aenderung ausgesprochen, ferner auf den Fürsten Bismarck, dessen Glückwünsche zu dem Vorgehen der sächsischen Regierung er als ironische bezeichnete. Alles was nur immer gegen die Aenderung des Wahlrechts spricht oder zu sprechen scheint, brachte Redner vor und verwerthete es geschickt agitatorisch, wobei auch gar mancher Hieb auf die sächsische Kammermajorität fiel. — Zur Debatte meldeten sich mehrere Sozialdemokraten. Es wurde denselben vom Vorsitzenden eine Sprechzeit von zusammen 15 Minuten bewilligt, worauf nur 2 der Herren ihre Meinungen kund gaben, und sich theils gegen den Vortragenden, theils gegen die Reformpartei wendeten und insbesondere auch die sozialdemokratischen Führer in Schutz zu nehmen suchten. Nach einer kurzen Aussprache des Herrn Vorsitzenden Barth, wobei derselbe insbesondere um Anschluß an den Reformverein und Unterstützung desselben ersuchte und das Parteiblatt, die „Deutsche Wacht", empfahl und nachdem der Hauptredner des Abends, Herr Welcker, noch die sozialdemokratischen Sprecher berichtigt hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Vaterland geschlossen.

— Das „Dresdner Journal" schreibt: Die geplante sächsische Wahlrechtsänderung hat, wenn anders man nicht theoretischen Erörterungen über die „Gefährdung der heiligsten Rechte" und die „Entrechtung der weitesten Kreise der Bevölkerung" nachhängt, sondern die einfachen, klaren Thatsachen reden läßt, in den letzten Verhandlungen des Reichstages wieder eine Stütze gefunden, wie sie besser überhaupt gar nicht gedacht werden kann. Drei Tage lang hat nunmehr schon der sozialdemokratische Wortführer in derjenigen parlamentarischen Körperschaft, welche man die Vertretung des deutschen Volkes zu nennen pflegt, seiner Aufgabe obgelegen, die Manneszucht in unserem Heere zu lockern, Mißtrauen gegen unsere Heereseinrichtungen und die Militärverwaltung zu verbreiten. Er hat gar nicht den Versuch gemacht, zu behaupten, daß er zu seinen mit der denkbar größten Skrupellosigkeit aufgestellten Behauptungen etwa durch sachliche Erwägungen veranlaßt worden sei. Welchen Weg er hätte einschlagen müssen, wenn es ihm darum zu thun gewesen wäre, wirklichen Mißständen Abhilfe zu verschaffen, das weiß der sozialdemokratische Führer ganz genau. Sein Bestreben ist lediglich darauf gerichtet gewesen, die großen urtheilslosen Massen, von denen er weiß, daß sie seine völlig ungerechtfertigten und unbeglaubigten Behauptungen kritiklos als bare Münze nehmen, in der unverantwortlichsten Weise zu verhetzen. Und eine Regierung, die diese unseligen Zustände erkannt hat, die sich in dem Bestreben, hier Wandel zu schaffen, eins weiß mit der großen Mehrheit der gesetzmäßig gewählten Volksvertretung — die sollte da noch zaudern, den Volksverhetzern ihr Handwerk zu erschweren? Wer diese Frage bejahen will, der muß in der That den naiven Glauben haben, wie die Verfasser der allerneuesten Petition, die hier in Dresden nunmehr ausgelegt werden soll und die u. A. davon ausgeht, daß unter der Herrschaft des Herrn Bebel noch eine „rege und freudige Theilnahme der minder bemittelten Volksklassen am staatlichen Leben" möglich sei.

— Nach vorläufigen Festsetzungen sind bei den Sächsischen Staatseisenbahnen im Januar dss. Js. zusammen 7505903 M., d. h. 741646 M. mehr vereinnahmt worden, als im gleichen Monate des Jahres 1895. Betheiligt daran sind der Personenverkehr mit 1875023 M., mehr 165768 M., der Güterverkehr mit 5163032 M., mehr 542652 M., und sonstige Einnahmequellen mit 467848 M., mehr 33226 M. Die Einnahmen sind darnach als recht günstige zu bezeichnen.

Vom Landtag. Gestern hielt nur die Erste Kammer eine Sitzung ab. Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag der vierten Deputation, die Petition des Rathes der Stadt Zwickau, betreffend die Freilassung des bei gemeinnützigen Gemeindeeinrichtungen (Wasserleitung und Schlachthof) erlangten und zu Erhaltung der letzteren verwendeten Einkommens von